

IHK-Geschäftsbereich Innovation | Umwelt**Energie | Umwelt | Rohstoffe AKTUELL**

Mit unserem Newsletter "Energie | Umwelt | Rohstoffe AKTUELL" erfahren Sie Neues und Wissenswertes aus dem Bereich Energie und über alle umwelt- und rohstoffrelevanten Themen im Geschäftsbereich Innovation | Umwelt. Wir haben für Sie ausgewählte Nachrichten aus der Metropolregion Nürnberg, Bayern, Deutschland und der Europäischen Union zusammengestellt, um Sie bei Ihrer Arbeit im Unternehmen zu unterstützen. Zudem informieren wir Sie über Veranstaltungen unseres Geschäftsbereiches.

Ihr

IHK-Geschäftsbereich Innovation | Umwelt

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus der Metropolregion	1
IHK-Fachforum „Energieeffizienz durch Big Data“	1
IHK-Fachforum: „Materialeffizienz“: Kleine Maßnahmen steigern den Gewinn.....	1
Wärmespeicher der N-ERGIE: Inbetriebnahme erfolgreich	3
Kongress „Stadt-Land-Bio“	3
Internationale Konferenz für Europäische EnergieManager	4
Region wirbt erfolgreich europäische Wissenscluster ein	5
Projekte der Nordbayern-Initiative stärken die Region	6
Aktuelles aus Bayern.....	7
Umweltpreis 2015 der Bayerischen Landesstiftung	7
Aktuelles aus Deutschland	8
Jubiläum: 20 Jahre EMAS.....	8
Vollständigkeitserklärung -Bilanz für das Berichtsjahr 2013 veröffentlicht	8
REACH: Praktischer Leitfaden zur Registrierungsfrist 2018.....	9
Die Bundesregierung sieht die Energiewende „auf Kurs“	10
Zahlen, Daten, Fakten zu den Energiemärkten	11
AG Energiebilanzen legt vorläufige Zahlen für 2014 vor.....	12
PV-Freiflächenverordnung kommt erst 2015.....	13
1 Mio. Wohnungen müssen jährlich saniert werden	13
Förderprogramm Energieberatung Mittelstand – Neustart zum Jahreswechsel	14
EEG: Reaktionsfrist für Unternehmen endet am 31. März 2015	15
Fortschrittsbericht Elektromobilität mahnt größere Anschaffungen.....	16
Förderung für mehr Ressourceneffizienz	17
BGR legt Rohstoffbericht vor: 90 Prozent der Rohstoffe werden importiert	18
Aktuelles aus Europa und der Welt.....	20
Europäischer Energiemanager wird indisch.....	20
Feinstaubbelastung: PM10 wird in Deutschland eingehalten	21
REACH CLP: Lediglich Kooperation der Regulierungsbehörden.....	21
Europäische Stromversorgung für Winter gerüstet.....	22
Veranstaltungskalender	24
Aktuelle Veranstaltungen im Geschäftsbereich Innovation Umwelt	24
Impressum.....	25

Aktuelles aus der Metropolregion

IHK-Fachforum „Energieeffizienz durch Big Data“



by-studio busse-yankushev /Fotolia.com

Die aus Datenanalysen gewonnenen Erkenntnisse können für produzierende Unternehmen auf verschiedene Weise genutzt werden. So spielen sensorgestützte Maschinendaten in Echtzeit eine zentrale Rolle für Zukunftsprojekte wie „Industrie 4.0“ oder die „Smart Factory“.

Die Muster in den Daten geben Aufschluss über den Maschinenzustand und ermöglichen Prognosen für einen sicheren und effizienteren Maschinenbetrieb. Beispielhafte Anwendungen sind die vorausschauende Instandhaltung (Predictive Maintenance) oder Selbstoptimierungen im Hinblick auf Qualitäts- oder Energieverbrauchsdaten.

Im Rahmen der IHK-Veranstaltungsreihe „Produzieren für morgen“ wird ein IHK-Fachforum „Energieeffizienz durch Big Data“ am 10. Februar 2015 stattfinden, welches die Wertschöpfungspotenziale und Anwendungen für das produzierende Unternehmen zur Nutzung von Big Data vorstellt – mit besonderem Fokus auf den Aspekt der Energieeffizienz.

Das Programm sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter: www.ihk-nuernberg.de/veranstaltungen

Ihr Ansprechpartner bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken:
Dr. Ronald Künneth, ronald.kuenneth@nuernberg.ihk.de, 0911 1335-297

IHK-Fachforum: „Materialeffizienz“: Kleine Maßnahmen steigern den Gewinn



www.fuchs-foto.de

Ein Weg die Wettbewerbsfähigkeit im produzierenden Gewerbe zu steigern besteht darin, mit weniger Materialeinsatz mehr Gewinn zu machen. Doch wie senkt man den Materialeinsatz? Und wie deckt man Einsparpotentiale hinsichtlich Rohstoffen und Materialien im Betrieb auf?

Mit durchschnittlich etwa 45 Prozent Materialkostenanteil und nur 2 Prozent Energiekostenanteil im produzierenden Gewerbe lohnt sich der Blick auf die Materialkosten. Dies erkannten auch die etwa 50 Unternehmen, die am 21. Januar 2015 der Einladung der Industrie- und Handelskammer Nürnberg zum IHK-Fachforum „Materialeffizienz – Einsparpotentiale erkennen und Wettbewerbsfähigkeit sichern“ gefolgt sind. Der Fokus der Veranstaltung lag auf der Vorstellung gezielter Herangehensweisen und Methoden zur Analyse der Prozesse in Unternehmen um Einsparpotential aufzudecken. Beim gezielten Blick auf das Unternehmen vom Einkauf über die Produktion bis hin zu Lagerlogistik und Transport treten Potentiale zum Vorschein. Dafür bedarf es einer genauen Prozess-, Wert- und Stoffstromkenntnis.

Die wirtschaftliche Relevanz des Themas liegt auf der Hand. Rohstoffe unterliegen einem gewissen Versorgungsrisiko, sowie weiteren finanziellen und politischen Risiken, wie Professor Wolfgang Rommel, Geschäftsführer des bifa Umweltinstituts aus Augsburg erläuterte. Außerdem sind laut Robert Müller von der Fraunhofer-Projektgruppe

Prozessinnovation aus Bayreuth schon durch eine Materialkostenreduzierung von drei Prozent bis zu 30 Prozent Gewinnwachstum möglich.

An verschiedensten branchenspezifischen Beispielen wurden Herangehensweisen und Möglichkeiten zur Aufdeckung von Einsparpotentialen aufgezeigt. Robert Müller erläuterte detailliert welche Relevanz die Stoff- und Wertstromkenntnis für Effizienzmaßnahmen spielt. Denn die Wertschöpfung im Unternehmen kann nur gesteigert werden, wenn unnötige Verschwendung, wie sie beispielsweise durch Überproduktion und ungünstige Produktionsabläufe entsteht, vermieden werden. Auch Nebentätigkeiten, wie die Maschine be- und entladen bzw. reinigen, sollten effizienter gestaltet werden. Dr. Volker Tröbs, Intechnica Consult GmbH, der die Vorgehensweise teilt und ebenfalls regelmäßig Unternehmen genauer unter die Lupe nimmt erläuterte an Beispielen aus der Kunststoff- und Metallverarbeitung oder auch dem Druckgewerbe Maßnahmen und Erfolge.

Zwei mittelfränkische Unternehmen stellten ihre Herangehensweise vor, um die Wertschöpfung im Unternehmen zu steigern. Zum einen Frank Dommel, Geschäftsführer der Dommel GmbH in Wassertrüdingen - ein Produzent für Industrieelektronik und Systeme - der durch eine Material- und Stoffflussanalyse mit externer Hilfe und finanzieller Unterstützung aus dem „go-effizient Programm“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vielfältige Einsparpotentiale aufdecken konnte und nun u. a. eine verbesserte Materialverfügbarkeit und eine bessere Erfüllung von Kundenanforderungen verzeichnet.

Zum anderen Norbert Hörauf, Leiter Umweltschutz, Energie- und EHS- Managementsysteme bei Schaeffler Technologies GmbH & Co.KG in Herzogenaurach, der vom Einsatz eines Umweltmanagementsystems überzeugt ist. EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) ist für ihn das System, mit dem materialspezifisch ein Überblick gewonnen und Schwachstellen aufgedeckt werden können.

Diese Veranstaltung ist Teil der Reihe: „Produzieren für morgen – sicher | intelligent | effizient“. Mehr dazu erfahren Sie unter www.ihk-nuernberg.de/giu.

Ihre Ansprechpartner bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken:
Dr. Robert Schmidt, giu@nuernberg.ihk.de, 0911 1335-299
Katharina Wohlfart, katharina.wohlfart@nuernberg.ihk.de, 0911 1335-467

Wärmespeicher der N-ERGIE: Inbetriebnahme erfolgreich

Nach dem erfolgreichen Probetrieb wurde der Wärmespeicher kurz vor Weihnachten durch die N-ERGIE abgenommen. Der Speicher läuft seitdem im geplanten Regelbetrieb.



www.stadtverfuehrungen.nuernberg.de/Presse

Die Bauarbeiten auf dem Kraftwerksgelände in Nürnberg-Sandreuth dauerten rund einhalb Jahre.

„Mit unserem Wärmespeicher haben wir einen wichtigen und wegweisenden Baustein für das Gelingen der Energiewende gesetzt“, sagt Josef Hasler, Vorsitzender des Vorstands der N-ERGIE Aktiengesellschaft. „Ich freue mich, dass dieses Projekt innerhalb kurzer Zeit erfolgreich gestemmt wurde. Ein herzlicher Dank an alle Beteiligten für die partnerschaftliche Zusammenarbeit!“

Bei einer Höhe von 70 Metern und einem Durchmesser von 26 Metern fasst der Wärmespeicher etwa 33.000 Kubikmeter Wasser.

Aufgabe und Funktionsweise

Der Wärmespeicher hat die Funktion eines Heißwassertanks, der zur Zwischenspeicherung von Wärme dient und mit dem Nürnberger Fernwärmenetz verbunden ist. Durch den Speicher kann die Strom- von der Wärmeerzeugung zeitlich entkoppelt werden, was den Einsatz des Heizkraftwerks noch flexibler macht und die Einspeisemöglichkeiten für erneuerbare Energien erhöht.

Der Nürnberger Wärmespeicher gehört zu den höchsten in Europa. Als erster Heißwasserspeicher in Deutschland arbeitet er mit der sogenannten Zwei-Zonen-Technik. Gegenüber gängiger Ein-Zonen-Technik mit maximal ca. 98 Grad, sind hier Speichertemperaturen von annähernd 120 Grad und damit die Einspeicherung einer größeren Wärmemenge möglich. In Nürnberg-Sandreuth sind dies rund 1.500 Megawattstunden.

Durch den Wärmespeicher werden pro Jahr rund 40.000 Tonnen CO₂ eingespart.

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.n-ergie.de/waermespeicher

Kongress „Stadt-Land-Bio“

„Bio“ ist ein Standortvorteil. Das erkennen immer mehr Städte, Gemeinden und Landkreise. Erstmals zur Weltleitmesse für Bioprodukte, der BIOFACH, wird daher am 10. und 11. Februar 2015 ein Kongress stattfinden, der gezielt Verantwortliche in der Kommunalverwaltung anspricht.



Durch Stadt - Land - Bio ist die BIOFACH nicht nur Pflichttermin für politische Entscheidungsträger auf europäischer Ebene sowie Bund- und Länderebene, sondern auch für Mandatsträger und Verwaltungsfachleute in den Kommunen und Bundesländern.

Mit Stadt - Land - Bio 2015 wandert der Kongress von Berlin nach Nürnberg. Es ist der bundesweit größte Kongress seiner Art, mit dem Anspruch, sich als europaweite Leitveranstaltung in seinem Segment zu

entwickeln. Die Ziele des Kongresses sind u. a., die kommunale Ebene als weiteren politischen Akteur neben EU, Bund, Bundesländer sichtbar und die kommunale Kompetenz deutlich machen.

Zielgruppe sind Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte, Mandatsträger auf allen Ebenen der Kommunen, Verwaltungsmitarbeiter aus den Bereichen Beschaffung, Wirtschaftsförderung und Umweltschutz.

Die Veranstalter NürnbergMesse, BioMetropole Nürnberg / Stadt Nürnberg, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), IHK Nürnberg, Netzwerk Citta del Bio / Netzwerk deutsche Bio-Städte freuen sich auf Ihre Teilnahme und auf eine spannende Diskussion mit Ihnen.

Weitere Informationen sowie das Anmeldeformular zur Veranstaltung finden Sie unter: www.ihk-nuernberg.de/veranstaltungen oder unter www.stadtlandbio.de.

Ihr Ansprechpartner bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken: Stefan Hübel, stefan.huebel@nuernberg.ihk.de, 0911 1335 445

Internationale Konferenz für Europäische EnergieManager



Netzwerk | Erfahrungsaustausch | Fachforum für Europäische Energie-Manager findet zum sechsten Mal statt. Dieses Mal in wieder in Prag.

Am 22. und 23. April 2015 findet die sechste Internationale Konferenz für Europäische EnergieManager (EUREM) statt. Veranstaltungsort wird nach den letzten Konferenzen in Wien und Nürnberg wieder Prag sein.

Profitieren Sie vom Erfahrungsschatz der mehr als 4.000 Mitglieder des weltweiten Netzwerks der Europäischen EnergieManager und lernen Sie von Ihren Kollegen!

Best Practice-Lösungen werden in 9 themenbezogenen Workshops vorgestellt und diskutiert. Ein Höhepunkt der Veranstaltung ist die Verleihung der EUREM-Awards 2015 für herausragende betriebliche Energieeffizienzprojekte.

Zielgruppe:

Zu den Teilnehmern zählen vor allem Energieexperten von Betrieben, Energieversorgern oder Energiedienstleistungsunternehmen.

Die Konferenz wendet sich nicht nur an deutschsprachige Interessenten. Alle Plenarvorträge und Workshops werden simultan ins Deutsche oder Englische übersetzt.

Auch wenn Sie noch nicht zur EUREM-Community gehören, aber sich mit betrieblichen Energiethemen befassen, sind Sie als Teilnehmer willkommen.

Weitere Informationen zur Konferenz finden Sie auf www.energymanager.eu.

Gern können Sie sich unter <http://registration.eurem-conference.com> anmelden.

Ihre Ansprechpartner bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken:
Stefan Hübel, stefan.huebel@nuernberg.ihk.de, 0911 1335-445
Dr. Manuel Hertel, manuel.hertel@nuernberg.ihk.de, 0911 1335-235

Region wirbt erfolgreich europäische Wissenscluster ein



Das Europäische Institut für Technologie (EIT), Europas gemeinsames, länderübergreifendes Technologieinstitut, hat im Dezember 2014 die Gewinner der Ausschreibung für die neuen Wissens- und Innovationsgemeinschaften verkündet. Deutschland wird das KIC "Rohstoffe" von Berlin aus koordinieren, das KIC "Gesundes Leben und aktives Altern" von München aus.

In den thematisch organisierten und marktorientierten KICs (KICs: Knowledge and Innovation Communities) werden Verfahren, Produkte und Dienstleistungen entwickelt und unternehmerisches Denken bereits bei Studierenden gefördert. Für die neuen KICs "Rohstoffe" und "Gesundes Leben" stehen bis 2020 bis zu 540 Millionen Euro an EU-Mitteln zu Verfügung.

Für das Thema "Rohstoffe - nachhaltige Erkundung, Gewinnung, Verarbeitung, Verwertung und Substitution" wurde das KIC „RawMatTERS“ ausgewählt, an dem 116 Partnerorganisationen aus 22 Ländern beteiligt sind. Die Leitung übernimmt das Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf, der Sitz des Clusters wird Berlin sein. Einer der Partner von „RawMatTERS“ ist die Technische Hochschule Nürnberg. Professorinnen und Professoren aus den TH Nürnberg Fakultäten Verfahrenstechnik, Werkstofftechnik und Betriebswirtschaft sowie aus dem Kompetenzzentrum Analytik, Nano- und Materialtechnik (KAM) werden im KIC mitwirken.

Weitere Partner sind unter anderem mehrere Fraunhofer Institute, BASF, Varta Microbattery, das Clausthaler Umwelttechnik-Institut CUTEC, die RWTH Aachen und die TU Bergakademie Freiberg. Ziel des KICs ist es die Ressourceneffizienz und Aufbereitung bei metallurgischen Prozessen zu verbessern. Darüber hinaus soll das Recycling entlang der gesamten Materialkette optimiert und Rohstoffe substituiert werden.

Das KIC "Innovation für gesundes Leben und Aktives Altern" warb das Konsortium InnoLife ein. Das Konsortium zählt 144 Partner aus sechzehn europäischen Ländern, es wird in München koordiniert. Weitere deutsche Partner sind unter anderem die Max-Planck-Gesellschaft, Roche Diagnostics, RWTH Aachen, Siemens Healthcare und die TU München. Zu den assoziierten deutschen Partnern gehören der Medical Valley EMN e.V. und das Fraunhofer IIS in Erlangen, weiterhin auch das Deutsche Krebsforschungszentrum und das

Deutsche Zentrum für Diabetesforschung. Ziel des KICs ist es mit Hilfe von Informationen aus der Energiemedizin, Naturmedizin und Gesundheitsvorsorge Konzepte zu erarbeiten, die dazu beitragen, die Gesundheit während des gesamten Lebens zu erhalten und einen Beitrag zum aktiven Altern zu leisten.

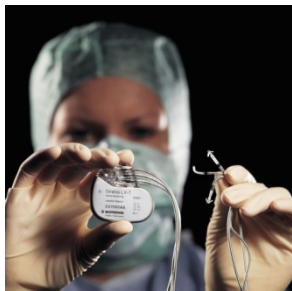
Die nächste Ausschreibungsrunde zu den Themen "Mehrwert in der Fertigung" und "Lebensmittel für die Zukunft" wird Anfang 2016 erwartet. 2015 plant das Bundesministerium für Bildung und Forschung spezifische Informationsveranstaltungen hierzu.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://eit.europa.eu>

Ihre Ansprechpartner bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken:
Dr. Robert Schmidt, 0911 1335-299, robert.schmidt@nuernberg.ihk.de
Dr. Elfriede Eberl, 0911 1335-431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de

(Quelle: Pressemitteilung Bundesministerium für Bildung und Forschung, 11.12.2014)

Projekte der Nordbayern-Initiative stärken die Region



www.fuchs-foto.de

Die Projekte der Nordbayern-Initiative stärken das Forschungspotenzial der Region Nürnberg und setzen damit einen Impuls für Investitionen, Innovationen und Firmenansiedlungen.

Mit dem IHK-Aktionsprogramm des Geschäftsbereichs Innovation | Umwelt wird die Umsetzung der Projekte der Nordbayern-Initiative unterstützt. Gestärkt werden insbesondere Forschung und Entwicklung in den Bereichen Energie, Gesundheit, Neue Materialien und Automatisierung. Die Schwerpunktsetzung der Staatsregierung spiegelt sehr gut die Kompetenzfelder der Region Nürnberg wider. Seit längerem beschäftigt sich die IHK mit den Themen Industrie 4.0 und Internet der Dinge und engagiert sich für eine Stärkung der Forschung in diesem Bereich. So sind z. B. die Ansiedlung eines Helmholtz-Instituts Erlangen-Nürnberg für die Erforschung erneuerbarer Energien und das geplante „Zentrum für Digitale Produktion“ in Nürnberg wichtige Maßnahmen, um diese gerade auch für die Wettbewerbsfähigkeit der mittelfränkischen Industrie zentrale Themen voranzubringen.

Impulse erwartet die IHK Nürnberg für die Region Westmittelfranken, das nun flächendeckend im Kreis der „Räume mit besonderem Handlungsbedarf“ (RmbH) vertreten ist und dadurch von verbesserten Förderkonditionen profitiert. Dies sei insbesondere angesichts der demografischen Herausforderungen wichtig, von denen Westmittelfranken in besonderem Maße betroffen ist. In diesem Zusammenhang begrüßt die IHK das Biomasse-Institut Triesdorf der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf in Kooperation mit der Hochschule Ansbach.

Das IHK-Aktionsprogramm des Geschäftsbereichs Innovation | Umwelt steht zum Download unter www.ihk-nuernberg.de/giu zur Verfügung.

Ihr Ansprechpartner bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken:
Dr. Robert Schmidt, 0911 1335-299, robert.schmidt@nuernberg.ihk.de

Aktuelles aus Bayern

Umweltpreis 2015 der Bayerischen Landesstiftung

Die Bayerische Landesstiftung wird 2015 erneut einen Umweltpreis vergeben und hat das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) mit der Ausschreibung betraut. Das Recht, Personen oder Gruppen für den Preis vorzuschlagen, steht bayerischen Institutionen und jedem Bewohner Bayerns zu. Der Bayerische Umweltpreis ist mit 30.000 Euro dotiert.

Der Bayerische Umweltpreis wird seit 1985 für praktische oder wissenschaftliche Leistungen vergeben, die in besonderem Maße zur Erhaltung und Verbesserung der Umwelt beitragen und einen engen Bezug zu Bayern haben. Dies umfasst insbesondere:

- Innovative Projekte im technischen Umweltschutz z. B. der Abfallwirtschaft, der Wasserreinhaltung oder des Lärmschutzes
- Neue, zukunftsorientierte Wege und Vorgehensweisen im Naturschutz oder in der Umweltbildung
- Leistungen mit Bezug zum Klimaschutz, zur Umsetzung der Energiewende wie auch im Bereich des ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens oder im Umweltmanagement

Die Bewerbungsfrist endet am 31. März 2015. Nach einer fachlichen Sichtung am LfU werden die Bewerbungsvorschläge an die Bayerische Landesstiftung zur endgültigen Auswahl weitergeleitet. Über die endgültige Entscheidung des Stiftungsrates der Bayerischen Landesstiftung werden die Vorschlagenden voraussichtlich im August von der Bayerischen Landesstiftung benachrichtigt.

Der Bayerische Umweltpreis kann an Einzelpersonen oder an Gruppen, unabhängig von der Rechtsform, vergeben werden.

Preisträger der Bayerischen Landesstiftung 2014 waren:

- Abwasserreinigungsanlage Rödental (Lkr. Coburg); Beiträge zur Energiewende
- Bund Naturschutz, Kreisgruppe Mühldorf; Büffel statt Bagger
- Lebensgemeinschaft Münzighof (Lkr. Nürnberger Land); Nachhaltiges Wirtschaften und inklusive Gemeinschaft

Weitere Informationen dazu erhalten Sie unter: www.izu.bayern.de

(Quelle: Bayerisches Landesamt für Umwelt, Januar 2015)

Aktuelles aus Deutschland

Jubiläum: 20 Jahre EMAS

EMAS bzw. Öko-Audit ist vor 20 Jahren etabliert worden. Fast 100 der 1995 und 1996 zum ersten Mal registrierten Unternehmen führt EMAS bis heute fort. 40 IHKs und HWKs sind als Registrierungsstellen beteiligt.

Deutschlandweit hat EMAS anders als in den Vorjahren 2014 wieder Teilnehmer gewonnen. Zum Jahresende waren 1.223 Organisationen mit 1.926 Standorten im Register verzeichnet. Damit ist die Zahl der EMAS-registrierten Organisationen fast stabil geblieben, die Zahl der Standorte hat sich in den vergangenen 12 Monaten um fast 50 erhöht.

Baden-Württemberg und Bayern verzeichnen weiter einen besonders hohen Anteil unter den EMAS-Organisationen.

Fast die Hälfte (553) der EMAS-Organisationen sind Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (NACE 10 – 33), ihr Anteil ist wieder etwas gestiegen. Kirchliche Einrichtungen stellen weiter die höchste Zahl an registrierten Organisationen (180, NACE 94) gefolgt von Organisationen aus dem Bereich Erziehung und Unterricht (147, NACE 85).

Die Zahl der Mitarbeiter in EMAS-Organisationen hat sich wieder erhöht auf in Summe 785.000 zum Ende 2014.

In Mittelfranken sind derzeit 34 Unternehmen mit einer Mitarbeiterzahl von über 40.000 registriert. Die Registerstelle wird von der IHK Nürnberg für Mittelfranken betreut und umfasst das Registrierungsgebiet in Ober- und Mittelfranken.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.emas-register.de oder unter www.ihk-nuernberg.de/giu

Ihr Ansprechpartner bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken:
Stefan Hübel, stefan.huebel@nuernberg.ihk.de, 0911 1335-445

Vollständigkeitserklärung – Bilanz für das Berichtsjahr 2013 veröffentlicht

Im Jahr 2013 haben 3.628 Unternehmen für 4.879.433 Tonnen in Verkehr gebrachte Verpackungen eine Vollständigkeitserklärung (VE) abgegeben. Auf Unternehmen in Mittelfranken fallen knapp 100 VEs; Bayernweit wurden fast 600 Vollständigkeitserklärungen über das Online-Register von den Industrie- und Handelskammern frei geschaltet.

Dies zeigt eine aktuelle Auswertung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Die Zahl der VEs ist damit im Berichtsjahr um 30 (rund 0,8 Prozent) gesunken, die gemeldete Menge aber um 2,6 Prozent gestiegen.

Die privatwirtschaftlich organisierte Verpackungsentsorgung habe sich weiter stabilisiert, kommentierte der DIHK die 2013er-Zahlen. Besonders erfreulich sei ein erneuter Rückgang der Kosten für die hinterlegungspflichtigen Unternehmen: Sie betragen pro Teilnahme an einem dualen System weniger als fünf Euro.

Der DIHK wertet dies als weiteren Beleg dafür, dass die Organisation

der Industrie- und Handelskammern hoheitliche Aufgaben kostengünstig organisiert.

Auffällig in der jüngsten Statistik ist die gewachsene Bedeutung sogenannter Branchenlösungen: Ihr Anteil an der Verpackungsentsorgung stieg gegenüber 2012 von 13,2 Prozent auf 14,7 Prozent. Allerdings ging diese Expansion nicht zulasten der Verpackungsmenge, die über duale Systeme erfasst wurde, denn auch diese legte 2013 um 38.000 Tonnen zu.

Das VE-Register unter www.ihk-ve-register.de ist die zentrale Informations-, Kommunikations- und Hinterlegungsplattform für die Vollständigkeitserklärung und zeigt auf, welche Unternehmen eine VE abgegeben haben.

Ihr Ansprechpartner bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken: Stefan Hübel, stefan.huebel@nuernberg.ihk.de, 0911 1335-445

REACH: Praktischer Leitfaden zur Registrierungsfrist 2018

Der REACH-CLP-Biozid Helpdesk der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hat einen neuen praktischen Leitfaden veröffentlicht, der sich vor allem an Unternehmen richtet, die noch keine Erfahrung mit dem REACH-Prozess der Registrierung von chemischen Stoffen haben. Die letzte Frist zur Registrierung vorregistrierter Stoffe endet am 31. Mai 2018.

Der Leitfaden „Leitfaden zur Registrierung unter REACH Teil A: Erste Schritte“ wird als eine Reihe von drei Teilen veröffentlicht, die Informationen aus verschiedenen Leitfäden und Handbüchern der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) aufgreifen. Dabei wurde laut BAuA darauf geachtet, nur die Informationen in verständlicher Art und Weise zusammenzufassen, die für die Registrierung von Stoffen von Belang sind.

Der jetzt vorliegende Teil A des Leitfadens beschreibt die Vorarbeiten, die notwendig sind, um erfolgreich ein Registrierungsdossier zu erstellen und bei der ECHA einzureichen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den praktischen Anforderungen für die Erstellung eines Dossiers. Wie erfolgt beispielsweise eine Anmeldung im Programm REACH-IT? Wie muss ein Stoff unter REACH identifiziert werden? Darüber hinaus wird geklärt, welche Daten/Informationen dem Registranten für die Erstellung eines Registrierungsdossiers vorliegen müssen und wie er Zugang zu ihm fehlenden Daten bekommen kann. Daran anknüpfend werden in einem eigenen Kapitel die Modelle der gemeinsamen bzw. individuellen Einreichung beschrieben und entstehende Kosten genannt. Die weiteren Teile B und C wird der Helpdesk bis Mitte 2015 veröffentlichen. Dabei wird sich Teil B „Registrierungsdossier – Arbeiten mit IUCLID“ mit der eigentlichen Erstellung des Registrierungsdossiers für chemische Stoffe, die in Mengen unter 10 Tonnen pro Jahr hergestellt oder importiert werden, befassen. Teil C des Leitfadens wird die erweiterten Registrierungsanforderungen thematisieren. Sie gelten, wenn Chemikalien mit einer Tonnage im Bereich von 10 bis 100 Tonnen

pro Jahr hergestellt oder importiert werden.

Der Leitfaden „Leitfaden zur Registrierung unter REACH Teil A: Erste Schritte“ kann unter: www.baua.de/publikationen in der Rubrik Fachbeiträge heruntergeladen werden.

Die Bundesregierung sieht die Energiewende „auf Kurs“

Bundesregierung legt ersten Fortschrittsbericht „Die Energie der Zukunft“ zur Energiewende vor. Das ist das zentrale Ergebnis des ersten Fortschrittsberichts zur Energiewende.

Der Bericht, der alle drei Jahre vorgelegt wird, beleuchtet nicht nur den Status quo wie die jährlichen Monitoringberichte, sondern skizziert auch die Entwicklung der kommenden Jahre.

Der Bericht enthält u. a. folgende Aussagen:

- Volkswirtschaftlich ist die Energiewende ein Gewinn. Mit ihr sind im Bereich der erneuerbaren Energien brutto 370.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. 2013 wurden über 16 Mrd. Euro in neue Energieerzeugungsanlagen investiert, was erheblich zum deutschen Wirtschaftswachstum beigetragen hat.
- Der Ausbau erneuerbarer Energien im Stromsektor liegt im Plan, ohne dass die Versorgungssicherheit gefährdet ist.
- Durch die EEG-Reform ist die Dynamik bei den staatlich bedingten Anteilen des Strompreises durchbrochen worden. Die Preiseffekte der Energiewende sind aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gering. Vor allem die steigenden Preise auf den internationalen Energiemärkten sind die Ursache für steigende Preise in Deutschland.
- Die deutsche Stromversorgung ist eine der sichersten weltweit. Ein rascher Ausbau der Netze ist dennoch Voraussetzung für eine kostengünstige Versorgungssicherheit.
- Bis 2017 bestehen deutliche Überkapazitäten: Eine durchschnittlich verfügbare Leistung von 96 GW steht der Jahreshöchstlast von ca. 82 GW gegenüber. Unter Einbeziehung von Stromimport und -export ergibt sich eine durchschnittliche Überdeckung von 12 GW.
- Nur der Netzausbau macht die Netzreserve für Süddeutschland überflüssig. Die Vollendung der EnLAG-Leitungen wird die Situation nur vorübergehend entspannen.
- Die Versorgung mit Erdgas war bisher immer sicher. Der deutsche Ansatz hat sich daher bewährt, auf die Verpflichtung der Unternehmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu setzen.
- Für eine erfolgreiche Energiewende ist das weitere Zusammenwachsen der europäischen Strommärkte von großer Bedeutung. Engere grenzüberschreitende Verbindungen erhöhen die Effizienz des Gesamtsystems und die Versorgungssicherheit.
- Deutschland verdient am Stromaustausch mit den Nachbarländern: 2013 netto 2 Mrd. Euro.

Den Bericht „Die Energie der Zukunft“ erhalten Sie unter www.bmwi.de im Themenbereich Energie.

Zahlen, Daten, Fakten zu den Energiemärkten

Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt legen „Monitoringbericht Energie 2014“ vor. Mit dem Monitoringbericht werden wesentliche Entwicklungen der deutschen Strom- und Gasmärkte im Jahr 2013 dargestellt.

Strommarkt:

Der Bericht stellt fest, dass sich die Wettbewerbssituation auf den Strommärkten weiter verbessert hat. So ist der Marktanteil der großen Vier (E.on, RWE, EnBW, Vattenfall) an der konventionellen Stromerzeugung im Marktgebiet Deutschland-Österreich seit 2010 von 73 auf 67 Prozent zurückgegangen. Zudem ist die Liquidität der Großhandelsmärkte hoch. Daher geht das Bundeskartellamt davon aus, dass „die früheren marktbeherrschenden Stellungen bei der Belieferung von Industrie- und Gewerbekunden inzwischen Geschichte sind“.

Das Jahr 2013 war von Kapazitätsubauten gekennzeichnet: Neue EE-Anlagen wurden im Umfang von 6,7 GW zugebaut, konventionelle Anlagen im Umfang von 1,6 GW. Zum 31.12.2013 betrug die installierte Leistung in Deutschland 188,1 GW, davon entfielen 83,1 GW auf erneuerbare Energien (78,4 GW EEG-Anlagen).

Allerdings ist es nach wie vor so, dass die Energiewende im Erzeugungsbereich schneller voranschreitet als der Netzausbau. So sind bis einschließlich drittes Quartal 2014 438 von 1.887 km nach dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) an neuen Netzen gebaut worden. Daher mussten die Netzbetreiber 2013 mehr Maßnahmen für einen sicheren Netzbetrieb ergreifen. Während knapp 8.000 Stunden mussten Redispatchmaßnahmen durchgeführt werden, eine Steigerung um elf Prozent gegenüber 2012. Die Eingriffe verteilten sich auf 232 Tage und führten zu Kosten von rund 130 Mio. Euro. Insgesamt beliefen sich die Kosten für Systemdienstleistungen auf 1.081 Mio. Euro, ein Anstieg um über sechs Prozent.

Industriekunden mit einem Verbrauch von 24 GWh zahlten zum 1. April 2014 im Mittel 15 Cent/kWh. Davon entfielen 10,5 Cent auf Steuern, Umlagen und Netzentgelte.

Gasmarkt:

Auch der Wettbewerb im Gasmarkt macht nach einem eher zögerlichen Beginn starke Fortschritte, schreiben Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt. Im Bereich der Standardlastprofile (Privathaushalte und Gewerbe) kommen die drei größten Anbieter auf einen Marktanteil von deutschlandweit 22 Prozent. Auch wenn in vielen Netzgebieten die Marktanteile weiterhin sehr hoch sind, stellt dies kein Hindernis für den Wettbewerb dar, da in fast allen Netzgebieten mindestens 20 Anbieter vertriebllich aktiv sind. Im Bereich der leistungsgemessenen Kunden (Industrie und größere Gewerbeverbraucher) stehen die drei größten

Anbieter für 33 Prozent Marktanteil.

„Die Wechselquoten der Industrie- und Gewerbekunden haben mit rund 13 Prozent das Niveau im Strombereich erreicht“, so der Monitoringbericht. Auch die Wechselquoten bei Privatverbrauchern sind auf 10 Prozent angestiegen. Im Markt für Erdgasspeicher ist die Marktkonzentration weiterhin stark. Die drei größten Anbieter kommen hier auf einen Anteil am Speichermarkt von 68 Prozent. Insgesamt sind unter Einbeziehung zweier österreichischer Speicher 27 Mrd. m³ Kapazität für den deutschen Erdgasmarkt zur Verfügung. Die Bedeutung Deutschlands als Handelsplatz und Transitland für Erdgas ist in 2013 über steigende Ex- und Importe weiter angewachsen. Damit ist auch die Liquidität der Gasmärkte besser geworden.

Die Preisentwicklung für Verbraucher verläuft gegenüber dem Vorjahr stabil. Haushaltskunden zahlen als Sondervertragskunden beim Grundversorger im Schnitt 6,8 Cent/kWh (inkl. Umsatzsteuer). Gewerbekunden (Abnahme 116 MWh) zahlen bei leicht fallenden Preisen im Schnitt 5,2 Ct. kWh und Industriekunden konnten 2013 ebenfalls leicht fallende Preise verbuchen (Abnahmefall 116 GWh zu 3,59 Cent/kWh). Bei Gewerbe- und Industriekunden ist ein leichter Anstieg der Nettonetzentgelte am Gasgesamtpreis zu beobachten. Die Preise für Haushaltskunden liegen damit im europaweiten Vergleich im Mittelfeld, während sie für Industriekunden in der Spitzengruppe liegen.

Der „Monitoringbericht Energie 2014“ wird immer gegen Ende des Jahres veröffentlicht und enthält umfangreiche Informationen zu den Energiemärkten.

Herunterladen können Sie diesen unter: www.bundesnetzagentur.de

AG Energiebilanzen legt vorläufige Zahlen für 2014 vor

Milder Winter lässt Energieverbrauch 2014 sinken. 2014 wird nach einer vorläufigen Berechnung der AG Energiebilanzen (AGEB) das Jahr mit dem geringsten Energieverbrauch in Deutschland seit 1990.

Grund hierfür sind vor allem die milden Temperaturen in diesem Jahr. Der Primärenergieverbrauch ging um 4,8 Prozent auf 3.639 Mrd. kWh zurück.

Neben dem Energieverbrauch sank auch der CO₂-Ausstoß deutlich um fünf Prozent. Um den Witterungseinfluss bereinigt gab es eine CO₂- und Verbrauchseinsparung von einem Prozent. Damit setzt sich der deutliche Trend zum Verbrauchsrückgang fort.

Verteilt auf die Energieträger ergibt sich folgendes Bild:

- Erneuerbare Energien produzierten mit 403 Mrd. kWh 1,4 Prozent mehr als 2013 und konnten damit als einziger Energieträger zulegen. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch stieg um 0,7 Prozentpunkte auf 11,1 Prozent. Insbesondere zulegen konnte die Photovoltaik (+14 Prozent). Am Bruttostromverbrauch erreichten EE sogar 27,3 Prozent.
- Der Mineralölverbrauch sank um 1,3 Prozent auf 1.271 Mrd. kWh,

insbesondere durch den Rückgang bei leichtem Heizöl um 14 Prozent. Mineralöl bleibt aber mit 35 Prozent mit weitem Abstand vor Gas der wichtigste Energieträger.

- Der Erdgasverbrauch ging um 14 Prozent zurück. Der Rückgang betraf sowohl den Wärmemarkt als auch die Nutzung in Kraftwerken und KWK-Anlagen.
- Der Verbrauch von Steinkohle sank um knapp 8 und von Braunkohle um 2,3 Prozent.
- Die Kernenergie blieb stabil.

Weitere Informationen der AGEB finden Sie unter:

www.ag-energiebilanzen.de

PV-Freiflächenverordnung kommt erst 2015

Eigentlich wollte die Bundesregierung die Ausschreibung von PV-Freiflächenanlagen bis Ende 2014 in einer Verordnung geregelt haben. Dies sollte sicherstellen, dass Auktionen zum 1. April 2015 starten können.

Dieser Zeitplan steht jetzt in Frage, da derzeit unklar ist, wann sich das Bundeskabinett im neuen Jahr mit der Materie beschäftigt.

Hintergrund sind Streitigkeiten über die jährlich auszuschreibende Menge (500 oder 600 MW) sowie über mögliche Flächenrestriktionen. Aus der Union gibt es Bestrebungen, den Bau solcher Anlagen auf Äckern zu verbieten bzw. nur eingeschränkt zu erlauben.

1 Mio. Wohnungen müssen jährlich saniert werden

Die Bundesregierung hat am 17.12.2014 mit dem Sanierungsfahrplan für Gebäude den ersten Beitrag zur angekündigten Energieeffizienzstrategie Gebäude veröffentlicht.

Die Strategie wird das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2050 verfolgen, d. h. den Primärenergiebedarf um 80 Prozent zu senken. Derzeit stehen Gebäude für ca. 37 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland, zwei Drittel davon in Wohngebäuden.

Der Fahrplan beschreibt im Wesentlichen die Zielstellungen der Effizienzpolitik bei Gebäuden und den Weg zum klimaneutralen Gebäudebestand. An diesem Pfad werden sich die zu entwickelnden individuellen Sanierungsfahrpläne für Gebäude ausrichten müssen. Im Plan wird betont, dass der erforderliche Maßnahmenmix aus Sanierung und erneuerbarer Wärmeerzeugung weiterhin auf Freiwilligkeit und Wirtschaftlichkeit beruhen soll.

Der Fahrplan geht auf Basis einer Bestandsaufnahme von Struktur, Alter und Energieverbrauch der deutschen Wohngebäude davon aus, dass pro Jahr bis zu einer Million Wohnungen energetisch saniert werden müssen. Da Gebäudehüllen bis 2050 vermutlich nur einmal bearbeitet werden, müsse bei erster Gelegenheit energetisch tiefgreifend saniert werden.

Die Verringerung des Primärenergiebedarfs um 80 Prozent kann dabei innerhalb eines Korridors mit verschiedenen Kombinationen von Energieeinsparung und Einsatz von erneuerbaren Energien erreicht werden. Als Zielstandard definiert der Fahrplan im Durchschnitt der Gebäude den heutigen KfW-Standard Effizienzhaus 55, was einem Endenergiebedarf von ca. 45 kWh pro m² und Jahr entspricht. Im heutigen Wohngebäudebestand liegt der Energiebedarf bei 169 kWh pro m².

Angesichts der Unsicherheiten gibt das BMWi im Sanierungsfahrplan nur ungefähre Kostenschätzungen an, die mit der Zielerreichung eines klimaneutralen Gebäudebestandes verbunden sind. So rechnet das Ministerium dauerhaft mit einem jährlichen Mehraufwand für energetische Sanierungsmaßnahmen zwischen 12 und 20 Mrd. Euro. Für eine durchschnittliche 80 m² - Wohnung würde dies energetische Sanierungskosten zwischen 28 und 48 Tsd. Euro bedeuten.

Die Energieeffizienzstrategie Gebäude (EGS) wird sich zunächst auf Wohngebäude konzentrieren. Derzeit ist die Datenlage bei Nichtwohngebäuden noch unzureichend.

Weitere Informationen zum Sanierungsfahrplan finden Sie unter:
www.bmwi.de

Förderprogramm Energieberatung Mittelstand – Neustart zum Jahreswechsel

Am 01. Januar 2015 startete das Förderprogramm „Energieberatung Mittelstand“ (EBM) mit neuen Konditionen und einem neuen Antragsverfahren. Antragsbearbeitung nun über BAFA.

Die gesamte Abwicklung der Antragsbearbeitung und Nachweisprüfung erfolgt nun durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Eschborn. Bereits am 12.11.2014 wurde im Bundesanzeiger die neue Förderrichtlinie veröffentlicht.

Das BAFA hat auf seiner Homepage unter www.bafa.de zusätzliche Informationen und ein Merkblatt mit Hinweisen zum Beratungsbericht veröffentlicht. Zudem ist hier auch die Beraterregistrierung für das neue Programm freigeschaltet. Bis voraussichtlich Oktober 2015 wird die KfW-Beraterdatenbank des alten Programms weitergeführt. Parallel wird eine neue Datenbank aufbauend auf der Energieeffizienz-Experten-Liste, die Sie unter www.energie-effizienz-experten.de finden, entwickelt. Diese ersetzt die bestehende KfW-Liste.

Bislang agierte die IHK Nürnberg für Mittelfranken offiziell als Regionalpartner der KfW, wenn es darum ging, Anträge für die Energieberatung in kleinen und mittleren Unternehmen zu stellen. Künftig erfolgt die Kontaktaufnahme für Antragstellende Unternehmen direkt beim BAFA.

EEG: Reaktionsfrist für Unternehmen endet am 31. März 2015

Besondere Ausgleichsregelung – BAFA gewährt Übergangsfrist für den Einsatz geeichter Stromzähler. Im November veröffentlichte das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) ein Hinweisblatt mit Angaben zum verpflichtenden Einsatz geeichter Stromzähler für den Nachweiszeitraum 2015.

Hiernach müssten für die erfolgreiche Antragsstellung und Inanspruchnahme der Besonderen Ausgleichsregelung seit dem 01. Januar 2015 alle Abnahmestellen über geeichte Stromzähler an allen Entnahmepunkten, Eigenversorgungsanlagen und Übergabestellen an nachgelagerte Verbraucher verfügen. Das BAFA gewährt für diese Verpflichtung nun eine Übergangsfrist bis zum 31. März 2015. Sind bis zu diesem Zeitpunkt die Vorgaben erfüllt, können auch zuvor über nicht geeichte Zähler erfasste Strommengen im Rahmen einer Antragsstellung nach den §§ 63 ff. EEG 2014 berücksichtigt werden. Wie dies erfolgen soll, wird derzeit zwischen dem BMWi und dem BAFA beraten.

Der Einsatz von geeichten Stromzählern an sogenannten Entnahmepunkten zum Netz der allgemeinen Versorgung ist in dem Hinweisblatt eindeutig benannt. Für einige Verwirrung sorgte jedoch der verpflichtende Einsatz geeichter Stromzähler bei Weiterleitungen durch den antragstellenden selbstständigen Unternehmensteil an andere, nicht antragsberechtigte Unternehmensteile. Das BAFA nimmt mit dem Hinweisblatt eine konkretisierende Auslegung des EEG für die Vorgaben bei Inanspruchnahme der Besonderen Ausgleichsregelung vor. Nach Angabe des BMWi sei das Ziel des Einsatzes geeichter Stromzähler an den genannten Punkten die Schaffung einer validen Datenbasis für eine Begrenzung der beantragten Strommenge.

Eine eventuell notwendige Nachrüstung wäre innerhalb der kurzen Frist seit der Bekanntgabe dieser Regelung (Mitte November bis Ende Dezember 2014) für einige Unternehmen sicher nur unter hohem Aufwand, in vielen Fällen möglicherweise gar nicht mehr möglich gewesen, mit entsprechenden Konsequenzen für die betroffenen Unternehmen. Durch die nun gewährte Übergangsfrist bis zum 31. März bleibt den betroffenen Unternehmen nun mehr Zeit, die notwendigen technischen und organisatorischen Änderungen vorzunehmen.

Das Hinweisblatt finden Sie unter www.bafa.de in der Rubrik Publikationen.

Fortschrittsbericht Elektromobilität mahnt größere Anschaffungen

Markthochlauf zu einer Million Fahrzeuge noch schleppend. Das Ziel, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen zu haben, wird trotz guter Fortschritte mit den bisherigen Maßnahmen nicht erreicht, so der Bericht.

Die Nationale Plattform Elektromobilität (NPE) hat am 02.12. der Bundesregierung ihren Fortschrittsbericht 2014 übergeben. Der Markthochlauf müsse daher mit weiteren Maßnahmen beschleunigt werden.

Die Bilanz der abgeschlossenen Vorbereitungsphase fällt gemischt aus. Inzwischen gibt es 17 Modelle von Elektrofahrzeugen deutscher Hersteller, zwölf weitere sind für 2015 geplant. Die Konzentration auf FuE sowie die Normung hat sich der NPE zufolge bewährt. Weitere Bemühungen hinsichtlich Preis und Reichweite sind jedoch noch zu bewältigen.

Auf der Marktseite geht die Entwicklung deutlich langsamer voran. Zum jetzigen Zeitpunkt sind in Deutschland 24.000 Elektrofahrzeuge (inkl. Plug-in-Hybridfahrzeuge) zugelassen und knapp 5.000 Ladepunkte errichtet. Damit liegt Deutschland in absoluten Zahlen nahe bei Norwegen, Niederlanden oder Frankreich, jedoch deutlich hinter Japan und den USA.

Die Plattform schlägt für den Zeitraum bis 2020 weitere Maßnahmen vor, um das Ziel von einer Million Elektrofahrzeugen zu erreichen:

- „Sonder-AfA für gewerbliche Nutzer einführen (jährliche Steuermindereinnahmen in der vollen Jahreswirkung von rund 0,2 Milliarden Euro)
- Gesetzespaket zur Förderung der Elektromobilität zügig umsetzen
- Investitionspartnerschaften zum Aufbau öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur stärken
- EU-Richtlinie für alternative Kraftstoffe inklusive Aufbau der Ladeinfrastruktur gemäß der Empfehlungen der Normungs-Roadmap Version 3.0 umsetzen (combined charging system CCS)
- Private und öffentliche Beschaffungsiniciativen umsetzen
- Forschung und Entwicklung mit neuen Themen fortführen und Finanzierung über Förderung des Bundes sicherstellen (Fördervolumen in Höhe von etwa 360 Millionen Euro/Jahr)
- Etablierung einer Zellfertigung (der neuen Generation) in Deutschland gemeinsam erforschen und vorantreiben"

Die stärkere Förderung der Elektromobilität wurde auch im Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz bzw. im Aktionsplan Klimaschutz mit einem Prüfauftrag verankert. Im Gespräch ist eine Sonderabschreibung von 50 Prozent des Fahrzeugpreises für gewerbliche erworbene Elektrofahrzeuge im ersten Nutzungsjahr.

Hintergrund:

Laut Energiekonzept der Bundesregierung sollen bis 2020 eine Million und bis 2030 sechs Millionen Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen unterwegs sein. Unter anderem mittels Elektromobilität soll der Energieverbrauch im Verkehr bis 2050 um 40 Prozent gesenkt werden. Deutschland soll darüber hinaus zum Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität aufsteigen.

Die Nationale Plattform Elektromobilität ist ein 2010 gegründetes Beratungsgremium der Bundesregierung. In den sieben Arbeitsgruppen werden Empfehlungen für die Umsetzung des Regierungsprogramms zur Elektromobilität erarbeitet. Zusammengesetzt sind diese aus Vertretern u. a. aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ist in der Arbeitsgruppe Ausbildung und Qualifizierung vertreten.

Förderung für mehr Ressourceneffizienz

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat im Rahmenprogramm „Forschung für nachhaltige Entwicklungen (FONA)“ die neue Fördermaßnahme „r Impuls – Innovative Technologien für Ressourceneffizienz – Impulse für industrielle Ressourceneffizienz“ entwickelt.

Die Fördermaßnahme verfolgt das Ziel, durch gezielte Forschungs- und Entwicklungsimpulse (FuE-Impulse), Hemmnisse bei der Entwicklung und Verbreitung von industriellen Effizienztechnologien zu überwinden. Gleichzeitig soll ein Beitrag zur Umgestaltung der Wirtschaft zu einer „Green Economy“ geleistet werden.

Das BMBF unterstützt mit „r Impuls“ die Weiterentwicklung und Umsetzung von FuE-Ergebnissen über Pilotanlagen bis hin zu industrietauglichen Referenzanlagen oder produktreifen Prototypen, um aus dem Labor oder Technikum einen entscheidenden Schritt weiter in Richtung Marktanwendung zu kommen und damit mehr und schneller erfolgversprechende FuE-Ergebnisse in nachhaltige Innovationen zu überführen. Mit der Fördermaßnahme „r Impuls“ sollen insofern anwendungsorientierte und nachfragegetriebene Verbundvorhaben mit hoher Relevanz zur deutlichen Steigerung der Ressourceneffizienz unter industrieller Federführung in enger Partnerschaft mit Hochschulen und/oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen initiiert werden. Besonders berücksichtigt werden solche Vorschläge, die unternehmensübergreifende Ansätze aufzeigen und die Wege zur raschen Übertragung und Verwertung praxistauglicher Lösungen in die breite industrielle Anwendung herausarbeiten und nach Möglichkeit die Übertragbarkeit auch auf andere Branchen anstreben.

Mit der Abwicklung der Fördermaßnahme hat das BMBF seinen Projektträger Forschungszentrum Jülich GmbH, Geschäftsbereich Nachhaltigkeit beauftragt.

Dem Projektträger sind detaillierte Projektskizzen bis zu den Stichtagen 2. März 2015 (13.00 Uhr) und 1. März 2016 (13.00 Uhr)

vorzulegen.

Weiterführende Informationen erhalten Sie unter www.bmbf.de/foerderungen/24623.php erhältlich sowie beim Projektträger Jülich unter www.ptj.de/r+impuls.

BGR legt Rohstoffbericht vor: 90 Prozent der Rohstoffe werden importiert

Der Bericht der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe stellt Zahlen und Fakten zu energetischen und mineralischen Rohstoffen bereit und widmet sich der Frage nach der Versorgungssicherheit. Der Bericht liefert Informationen zur Rohstoffproduktion in Deutschland, zum Import sowie zur internationalen Preisentwicklung.

Im Jahr 2013 wurden energetische und mineralische Rohstoffe im Wert von 142,8 Milliarden Euro importiert, während der Wert in Deutschland geförderter Rohstoffe 14,8 Milliarden Euro erreichte. Die Top-5-Rohstoffe Erdgas, Braunkohle, Erdöl sowie Sand und Steine machen 70 Prozent des Wertes aus.

Damit ist Deutschland immer noch ein wichtiges Bergbauland, auch wenn 90 Prozent der deutschen Rechnung für Rohstoffe an das Ausland gezahlt werden. Die Importkosten fielen gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozent geringer aus und sanken damit auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Die Energierohstoffe Erdöl und Erdgas bilden mit einem Anteil von 66 Prozent die größte Kostenposition.

Preisentwicklung

Trotz erhöhten Welthandels hat sich der allgemeine Trend nachgebender Rohstoffpreise ab Mitte 2011 in den Jahren 2012 und 2013 fortgesetzt. Hierfür wird vor allem die sich verlangsamende wirtschaftliche Dynamik Chinas verantwortlich gemacht. Mittelfristig wird eine leichte Erhöhung der Rohstoffpreise erwartet, vor allem der Preise für die konjunkturabhängigen Industriemetalle.

Der Rohölpreis war bereits 2013 leicht gefallen und die Importe nach Deutschland gingen zusätzlich zurück. Dadurch fiel die deutsche Rohölrechnung 2013 mit 55,3 Mrd. € um 4,8 Mrd. € geringer aus als im Vorjahr. Leicht sinkende Preise waren 2013 auch für Erdgas und Kraftwerkskohle zu verzeichnen.

Energierohstoffe

Deutschland deckt seinen Bedarf an Primärenergieträgern nur bei Braunkohle zu 100 Prozent aus eigenen Vorkommen. Erneuerbare Energien und die Kernkraft gelten ebenfalls als vollständig heimische Energieträger. Erdöl, der wichtigste Primärenergieträger muss fast vollständig importiert werden. Bei Erdgas und Steinkohle liegt die Importquote bei 88 bzw. 87 Prozent. Bis 2018 wird die deutsche Steinkohleförderung eingestellt und die konventionelle Erdgasförderung geht ebenfalls stark zurück. Die Importquote und -abhängigkeit bei Energierohstoffen steigt damit weiter an.

Nicht-energetische Rohstoffe

Bei den mineralischen Rohstoffen werden vor allem die Baurohstoffe aus heimischen Lagerstätten gewonnen. Der Bedarf Deutschlands an Steinen und Erden wird überwiegend aus eigener Produktion gedeckt. Die Versorgung mit Metallrohstoffen sowie einzelnen Industriemineralen bleibt dagegen stark importabhängig. Nach den energetischen Rohstoffen machen Nicht-Eisen-Metallrohstoffe, Rohstoffe für die Eisen- und Stahlindustrie und Edelmetalle den größten Anteil der Importkosten für Rohstoffe aus.

Weitere Einschätzungen der Deutschen Rohstoffagentur (DERA)

Eine zunehmend wichtige Rolle für die Versorgungssicherheit spielt das Recycling, insbesondere bei Aluminium, Kupfer und Stahl.

Aus geologischer Sicht ist die langfristige Verfügbarkeit bei Kohle, Erdgas, Uran, Metallrohstoffen und Industriemineralen gegeben. Die Deckung der Nachfrage könnte nur bei Erdöl und einigen schweren Seltenen Erden schwierig werden.

Lieferengpässe könnten in den nächsten Jahren infolge von Spekulationen, Wettbewerbsverzerrungen im Handel, die wenig absehbare Entwicklung von rohstoffintensiven Zukunftstechnologien und die teilweise hohe Konzentration der Weltrohstoffproduktion auf wenige und zum Teil instabile Länder auftreten.

Der Bericht steht unter www.bgr.bund.de als Download zur Verfügung.

Aktuelles aus Europa und der Welt

Europäischer Energiemanager wird indisch

Die von der IHK Nürnberg entwickelte Weiterbildung „European EnergyManager“ wird immer internationaler. Vor kurzem schlossen die ersten indische Produktions- und Instandhaltungsexperten diesen Energieeffizienz – Kurs erfolgreich ab.

Die neuen Energiemanager haben das erste Energiemanager-Training in Indien mit dem Ziel durchlaufen, betriebswirtschaftlich sinnvolle Energieeffizienzmaßnahmen für ihre jeweiligen Unternehmen zu identifizieren und umzusetzen. Das Trainingskonzept basiert auf der europaweit standardisierten Weiterbildung des European EnergyManager (EUREM), die inzwischen bereits in ca. 30 Ländern angeboten wird.

Der Energieeffizienz-Kurs wurde in Pune von der Deutsch-Indischen Handelskammer (AHK Indien) in den Räumlichkeiten der lokalen Partner-Kammer Maharashtra Chamber of Commerce, Industries and Agriculture (MCCIA) durchgeführt. Die Trainer vor Ort waren unabhängige Energieexperten und Vertreter namhafter Unternehmen und Institutionen. Unter den Dozenten befanden sich auch Vertreter deutscher Unternehmen, die in und rund um Pune ansässig sind. Indische Experten der Unternehmen Testo, Kaeser Kompressoren, Siemens, Hanning Elektro-Werke oder SMA haben so ihre Expertise in den Bereichen Messinstrumente, Druckluft, Elektromotoren, Solarthermie und Photovoltaik in das erste indische EUREM-Training eingebracht.

Die IHK Nürnberg war bei der Entwicklung des indischen EUREM-Curriculums, bei der lokalen Trainer-Akquise, dem Trainer-Coaching sowie der Vorbereitung der in Kürze sechs indischen EUREM-Standorte als Projektpartnerin maßgeblich beteiligt. Die Teilnehmer des ersten Trainings erhielten – wie auch an den anderen weltweiten Standorten – Zertifikate, die von der IHK Nürnberg ausgestellt wurden.

Das diesjährige Training zum EnergieManager (IHK) in Nürnberg startete am 23. Januar 2015.

Unter www.ihk-nuernberg.de/energiemanager erhalten Sie weitere Informationen dazu.

Ihre Ansprechpartner bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken:
Dr. Robert Schmidt, robert.schmidt@nuernberg.ihk.de, 0911 1335-299
Stefan Hübel, stefan.huebel@nuernberg.ihk.de, 0911 1335-445

Feinstaubbelastung: PM10 wird in Deutschland eingehalten

Die EU-Kommission verlangt von Deutschland Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung. Die EU-Kommission hat Deutschland wegen der Überschreitung der maßgeblichen Tagesgrenzwerte für Feinstaub (PM10) gerügt.

Die Kommission versendete Ende November 2014 eine sogenannte „mit Gründen versehene Stellungnahme“ an Deutschland. Dies ist die zweite Stufe eines insgesamt dreistufigen Vertragsverletzungsverfahrens auf EU-Ebene. Die erste Stufe wurde bereits im Jahr 2013 eingeleitet, als Deutschland ein „Aufforderungsschreiben“ der EU Kommission erhielt. Soweit die Grenzwerte weiterhin überschritten werden, kann die Kommission auf dritter Stufe den Europäischen Gerichtshof anrufen.

Eine einheitliche Luftqualitätspolitik ist seit längerem Ziel der EU. Ihr Ziel ist, die Luftverschmutzung so weit zu vermindern, dass von ihr keine inakzeptablen Auswirkungen für Mensch und Umwelt ausgehen. Die Umsetzung erfolgt u. a. durch die Luftqualitäts-Richtlinie aus dem Jahr 2008 (RL 2008/50/EG). Sie legt Grenzwerte für Stickstoffoxide, Schwefeldioxid, Kohlenstoffmonoxid, Benzol, Blei und Feinstaub fest. Die Immissionsgrenzwerte wurden 2010 in der Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen (39. BImSchV) in nationales Recht umgesetzt.

Nach den einschlägigen Vorschriften darf der über den Tag gemittelte Immissionsgrenzwert für Feinstaub (PM 10) $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ nicht öfter als 35-mal im Kalenderjahr überschreiten und nur maximal $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahresdurchschnitt betragen.

Neben Deutschland (konkret geht es dabei um die erhöhte Feinstaubbelastung in Stuttgart und Leipzig.) erhielten auch Österreich und die Slowakei entsprechende Aufforderungen der EU-Kommission.

Der Jahresmittelwert für Feinstaub PM10 von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ wird in Deutschland an allen Messstellen eingehalten, wie die Auswertungen des Umweltbundesamtes für 2013 und 2012 zeigen. Statistiken des Umweltbundesamtes zeigen zudem, dass die Feinstaubbelastung in Deutschland seit Jahren kontinuierlich sinkt.

REACH | CLP: Lediglich Kooperation der Regulierungsbehörden

Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP soll keine Auswirkungen auf europäisches Chemikalienrecht haben. Laut Kommission, die die Verhandlungen für die europäische Seite mit den USA führt, soll TTIP unter keinen Umständen zu einer Aufweichung der europäischen Umwelt- und Gesundheitsstandards im Chemikalienbereich führen.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über TTIP wurde in den letzten Monaten zunehmend die Frage aufgeworfen, inwiefern das europäische Chemikalienrecht hiervon beeinflusst werden könnte. Hierauf hat die EU-Kommission in einem Stakeholder-Meeting Ende November 2014 reagiert und klargestellt, dass die Chemikaliengesetze als solche nicht Teil der Verhandlungen sein werden.

Die zentralen europäischen Chemikalienverordnungen REACH und CLP

bleiben unverändert bzw. werden weiterhin wie vorgesehen implementiert. Durch die grundsätzliche Unterschiedlichkeit zwischen dem US-Gesetzesrahmen, insb. dem Toxic Substances Control Act (TSCA), und der REACH-Verordnung sei weder die vollständige Harmonisierung noch eine gegenseitige Anerkennung möglich.

Ziel der Kommission ist (lediglich) eine Kooperation zwischen den jeweils verantwortlichen Regulierungsbehörden auf beiden Seiten des Atlantiks. Deren praktisches Vorgehen soll u. a. auf der Basis der besten verfügbaren wissenschaftlichen Informationen besser aufeinander abgestimmt werden, um die Kosten für alle beteiligten Akteure zu senken. Die Kooperation soll insbesondere folgende Bereiche umfassen: Priorisierung zu bewertender Chemikalien einschließlich Bewertungsmethoden, Förderung der Angleichung bei der Klassifizierung und Kennzeichnung von Chemikalien (auf Grundlage des Global harmonisierten Systems zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien, GHS), neue Regelungsbereiche wie endokrine Disruptoren und Nanomaterialien sowie eine Verbesserung des Informationsaustausches über regulatorische Vorhaben.

Des Weiteren soll zukünftig die Verpflichtung bestehen, die jeweils andere Seite auf Kommentierungsmöglichkeiten bei der Bewertung oder Regulierung von Stoffen hinzuweisen und eingehende Kommentare und Anfragen stets zu beantworten. Dennoch bleiben die europäischen bzw. amerikanischen Behörden in ihren Entscheidungen vollkommen unabhängig.

In der Diskussion ist darüber hinaus die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zu Chemikalienfragen, die die Kooperation zwischen den europäischen und amerikanischen Behörden übernehmen und dabei relevante Stakeholder einbeziehen könnte.

In der jüngsten TTIP-Verhandlungsrunde wurde darüber hinaus verabredet, die Möglichkeit von Pilotprojekten im Bereich der Priorisierung zu bewertender Chemikalien sowie der Klassifizierung und Kennzeichnung zu prüfen, mit denen die praktische Machbarkeit von Kooperationen getestet werden kann.

Europäische Stromversorgung für Winter gerüstet

Der Europäische Verband der Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) hat seinen ENTSO-E Ausblick 2014/15 auf die Stromversorgung im Winter 2014/2015 vorgelegt. Danach sind die insgesamt in Europa zur Verfügung stehenden Erzeugungskapazitäten ausreichend, um die Nachfrage zu decken, auch im Fall eines harten Winters.

Einige Länder (z. B. Albanien, Dänemark, Finnland, Ungarn, Lettland, Mazedonien, Polen, Serbien und Schweden) könnten auf Importe angewiesen sein, um ihre nationale Spitzenlast zu decken. Allerdings sind hierfür ausreichende grenzüberschreitende Netzkapazitäten vorhanden.

Belgien wird den gesamten Winter über auf Importe angewiesen sein, da aktuell drei Kernkraftwerke nicht am Netz sind. In Belgien, aber auch

in Frankreich, sind deshalb Vorsichtsmaßnahmen (z. B. Notfalllastabwurf, strategische Reserve) eingerichtet worden, um Kapazitätsrisiken zu vermeiden.

Aus der Kombination hoher EE-Einspeisung, inflexibler Erzeugung und niedriger Nachfrage könnte sich in einigen Ländern wie Deutschland, Niederlande, Rumänien und Dänemark ein hohes Überangebot ergeben, das möglicherweise nicht durch negative Regelenergie und/oder ausreichende Exportkapazitäten ausgeglichen werden kann.

Andere untersuchte Faktoren des ENTSO-E Ausblicks sind Unterbrechungen der Gasversorgung und der Einfluss der partiellen Sonnenfinsternis am 20. März 2015 auf die Versorgungssicherheit.

Der am 1. Dezember 2014 von ENTSO-E veröffentlichte „Winter outlook report 2014/2015 and summer review 2014“ auf die Versorgungssituation in diesem Winter und ein Rückblick auf die Versorgung im vergangenen Sommer kann unter www.entsoe.eu in der Rubrik Publikationen abgerufen werden.

Veranstaltungskalender

Aktuelle Veranstaltungen im Geschäftsbereich Innovation | Umwelt

Hier finden Sie eine Übersicht über wichtige aktuelle Veranstaltungen aus unserem Geschäftsbereich.

IHK-Fachforum – Energieeffizienz durch Big Data

10. Februar 2015, IHK Akademie , Walter-Braun-Straße 15,
90425 Nürnberg

Kongress "Stadt-Land-Bio"

10. - 11. Februar 2015, Nürnberg Convention Center NCC West,
Messezentrum, 90471 Nürnberg

2. Integrated Plant Engineering Conference (IPEC 2015)

25. März 2015, IHK Akademie Mittelfranken, Walter-Braun-Str. 15,
90425 Nürnberg

IHK-Fachforum – Sichere Stromversorgung

26. März 2015, IHK Nürnberg für Mittelfranken, Ulmenstraße
52,90443 Nürnberg

6. Internationale Konferenz für Europäische EnergieManager (IHK) | European EnergyManager

22. -23. April 2015, Prag, Tschechien

IHK-Fachforum-Integriertes Umweltmanagement

Frühjahr 2015, IHK Nürnberg für Mittelfranken

Mehr Information erhalten Sie unter:

www.ihk-nuernberg.de/veranstaltungen

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken
Geschäftsbereich Innovation | Umwelt
Ulmenstraße 52
90443 Nürnberg
www.ihk-nuernberg.de

Verantwortlich für Herausgabe und

Inhalt:

Dr. Robert Schmidt | Dr. Ronald Künneth
Telefon: 0911 1335-299 | -297
Telefax: 0911 1335-150122
E-Mail: giu@nuernberg.ihk.de

Redaktionsteam:

Tina Götz, Dr. Manuel Hertel, Andreas Horneber, Stefan Hübel,
Dr. Ronald Künneth, Peggy Leibetseder, Dr. Robert Schmidt,
Dr. Veronika Wiesmet, Katharina Wohlfart

Aktuelles aus Bayern:

IHK für München und Oberbayern
Manfred Hoke, Dr. Norbert Amman

Aktuelles aus Deutschland und der EU:

Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Dr. Hermann Hühwels, Marc Becker, Dr. Sebastian Bolay, Till
Bullmann, Mirko Fels, Dr. Kaja Frey, Jakob Flechtner, Janine Hansen,
Dr. Armin Rockholz, Jonas Vach

Der Newsletter wurde sorgfältig erstellt und geprüft. Für fehlerhafte Angaben wird keine Haftung übernommen.
Rückfragen und Anregungen senden Sie bitte an giu-newsletter@nuernberg.ihk.de oder giu@nuernberg.ihk.de.